



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/131 - 11. 6. 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 880 880

Berliner Kinder suchen einen Platz an der Sonne	S. 1
Der Westen und die unterentwickelten Gebiete	S. 3
Zum 10. Male Ruhrfestspiele	S. 4
Zur Lage der freien Berufe (Aus einem Referat von Dr. Greve, M.d.B.)	S. 6

Soll uns das Ausland beschämen?

Von Senator Heinrich Alkertz, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Zu den vielen betrüblichen Zeichen, die in den letzten Monaten und Jahren auf dem Wege des deutschen Volkes in seinem Mangel an wirklicher Solidarität zu spüren waren, ist ein neues hinzugetreten. Die Zahl der Plätze, die Westdeutschland für die Ferienerholung Berliner Kinder in diesem Jahr zur Verfügung gestellt hat, ist jäh abgesunken. Zwar haben wir ein Flugzeug mit Berliner Kindern nach Island schicken können - und dort wohnen nicht mehr Menschen als in einer mittleren Stadt Westdeutschlands - aber der Appell an die unzähligen Familien, die von Schleswig-Holstein bis herunter nach Bayern eine Möglichkeit hätten, ein Kind aus dem Wedding oder Neukölln einzuladen, ist in einer beschämenden Weise ungehört geblieben. Ich will darüber nicht lamentieren. Wir scheitern uns damit abfinden zu müssen, dass dem deutschen Volk in den letzten 20 Jahren zuviel zugemutet wurde, als dass es noch ein Gefühl dafür hätte, über den engen Bereich der Gültigkeit der westdeutschen Mark oder der Schlagbäume an den Zonegrenzen hinaus zusammenzugehören. Ich möchte nur einige Missverständnisse ausräumen und kann das deshalb besonders unbefangen, weil ich als ein Mann, der die letzten mehr Jahre in Westdeutschland gearbeitet hat, Berlin nun von innen sehe.

Sicher, diese Stadt ist nicht mehr zu vergleichen mit den Bildern, die sie in der Blockade oder unmittelbar danach bot. Wir freuen uns,

dass die wirtschaftliche Situation Westberlins, wenn auch mit einem sehr fühlbaren Abstand, der Bundesrepublik Deutschland immer mehr angeglichen ist. Von den 300 000 Arbeitslosen der Anfangszeit sind 100000 übriggeblieben. Die Zahl der Beschäftigten steigt von Tag zu Tag, und dieser positive Katalog könnte noch in vielen Zahlen fortgesetzt werden.

Wenn man aber genauer hinsieht, dann ist - von innen gesehen - die augenblickliche Situation der Gewöhnung und die Auswirkung eines 10-jährigen Inseldaseins gefährlicher als die heroische Zeit der Luftbrücke mit ihrer unmittelbaren Auseinandersetzung auf der Höhe des "Kalten Krieges". Diese Stadt braucht eben in jedem Sinne des Wortes Auslauf, Klimawechsel, Luftveränderung und das Überschreiten jener schrecklichen Grenzen, die der verlorene Frieden ihr gesetzt hat. Es ist deshalb ein Argument typischer deutscher Ahnungslosigkeit, wenn in der Sache der Berliner Kinderaktion gesagt wird, auch die Kinder anderer westdeutscher Großstädte kämen ja nur zu einem ganz geringen Teil in den Ferien aus ihrer Stadt heraus. Hamburg, Köln und München sind unvergleichbar; denn dort kann jedermann mit dem Fahrrad oder in billigen Nahverkehrsmitteln jederzeit aus der Stadt heraus, ohne an Grenzen zu stossen und ohne in rettungslos überfüllten Ausflugsgebieten weniger Ruhe und Erholung zu haben, als in der eigenen Wohnung mitten in der Steinwüste der Stadt. Es scheint weit hin bekannt zu sein, dass man leichter von Hannover nach Potsdam kommt, als von Westberlin, und dass deshalb für dieses Westberlin alle die Möglichkeiten entfallen, die in einer örtlichen Ferienerholung ohne grosse Schwierigkeiten in allen Großstädten des Westens für Tausende die teure Ferienreise ersetzen.

Deshalb ist in diesen Tagen noch einmal ein Aufruf an die westdeutsche Bevölkerung ergangen, sich vom Ausland nicht beschämen zu lassen. Hoffentlich wird er gehört! Bleibt die Antwort aus, dann wird sich auch in Westberlin trotz aller Kongresse in dieser Stadt, aller symbolischen Reden und der Besuche vieler westdeutscher Freunde der Eindruck nicht vermeiden lassen, als höre die Liebe zu Berlin dort auf, wo die eigene Unbequemlichkeit anfängt, und wo es vielleicht darauf ankommt, ein paar Wochen die vielleicht nicht ganz leise, aber aufgeweckte und nüchterne Art eines Berliner Jungen oder Mädels bei sich in Hause zu ertragen.

Die neue Machtprobe zwischen Ost und West

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Immer mehr rückt das Problem der unterentwickelten Länder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion, immer mehr Staatsmänner und Publizisten erheben warnend ihre Stimme und beschwören den Westen, auf diesem Gebiete aktiv zu werden und sich nicht vom Osten überflügeln zu lassen.

Einen geradezu dramatischen Appell hat der frühere französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France vor kurzem in einer Rede vor dem Internationalen Presseinstitut in Zürich an den Westen gerichtet: Die Frage der unterentwickelten Länder, so meinte er, stelle eine neue Machtprobe zwischen Ost und West dar und es wäre der Untergang der westlichen Welt, wenn es ihr nicht gelingen sollte, die Wohltaten ihrer Zivilisation mit den Völkern Asiens und Afrikas zu teilen. Eine neue Phase der modernen Geschichte habe begonnen, in der eine Auseinandersetzung von vorwiegend wirtschaftlichem Charakter den Kalten Krieg ablöse. Während der Atlantikpakt vor einigen Monaten in unverständlicher Weise eine Verschärfung der militärischen Bedrohung festgestellt und eine vermehrte Aufrüstung verlangt habe, reduziere die Sowjetunion ihre Truppenbestände um ihr wirtschaftliches Potential vergrößern und verstärken zu können.

Keine Zeit mehr zu verlieren

Die neue Strategie der Sowjetunion bestehe, so meinte Mendès-France weiter, in einer wirtschaftlichen Expansion, und die Rivalität werde gefährlich sein. Ein Versagen der westlichen Welt könnte mit deren Unterjochung enden. Der Kampfplatz seien heute die unterentwickelten Gebiete, doch Amerika und die westliche Welt investierten viel zu wenig in diesen Gebieten - z.T., weil die Rentabilität der Investitionen anfänglich nur gering ist. Die Sowjetunion hingegen kauft Überschüsse wie z.B. ägyptische Baumwolle und bietet Kredite an. Wenn die freie Welt nicht in kurzer Zeit beweist, dass sie eine bessere Lösung besitzt, dann droht die kommunistische Attraktion unwiderstehlich zu werden. Bei der Verlegung der westlichen Anstrengungen vom Militärischen auf das Wirtschaftliche dürfe deshalb keine Zeit verloren werden.

Einen ähnlichen Alarmruf hat der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann ausgestossen. Auch er sieht die Gefahr, dass der Westen in dem Kampf um die unterentwickelten Gebiete unterliege, weil er - 4 -

psychologisch falsch vorgehe. So verlangten die Russen z.B. nie - was ein Senator Knowland, der Führer des rechten Flügels der Republikaner, immer wieder fordert - dass der Empfänger von Auslandshilfen seine Unterschrift unter ein Militärbündnis setzen müsse. Auch gewährten die Sowjets keine/grosszügigen Geschenke, die die unterentwickelten Länder wie wohltätige Gaben entgegennehmen müssten, um später amerikanische Regierungskommissionen die Verwendung dieser Gaben gouvornantenschaft kontrollieren sehen zu müssen. Die Sowjets verlegten sich auf den Handel: sie nehmen den unterentwickelten Ländern den Überschuss ihrer landwirtschaftlichen Produktion ab - für die der Westen übrigens kaum Verwendung hat - und liefern Waffen oder Fertigwaren oder gewähren kleine Kredite.

Grössere Anstrengungen erforderlich

Der internationalen Fachpresse ist weiter zu entnehmen, dass die wirtschaftlichen Hilfsangebote des Ostblocks an die unterentwickelten Länder heute einen Umfang von etwa 500 Millionen Dollar erreicht haben sollen. Als Vorzüge der östlichen Angebote werden dabei vor allem die niedrigen Zinssätze bei der Gewährung von Krediten und die Bereitschaft, Landesprodukte an Zahlungsstatt anzunehmen, hervorgehoben. Auch stellten die Sowjets keinerlei politische oder militärische Bedingungen und bestanden auch nicht darauf, die Verwendung ihrer Hilfe zu kontrollieren, da es sich bei ihnen ja nicht um Geschenke, sondern um vorteilhafte Handelsabkommen handle.

Allerdings wird gleichzeitig hervorgehoben, dass man zunächst noch abwarten müsse, ob die sowjetischen Versprechungen fern auch gehalten würden, vor allem was die Qualität des Materials und die Lieferfristen anbelange. Aber auch die Fachpresse, die das ganze Problem nicht in erster Linie politisch beurteilt, kommt zu dem Schluss, dass der Westen sich gewaltig anstrengen und seine Konzeptionen ändern müsse, falls er in der Auseinandersetzung um den Einfluss auf die unterentwickelten Gebiete nicht unterliegen wolle.

* * *

Kultur und Gesellschaft

O.G. Am 24. Juni wird der Bundespräsident die 10. Ruhrfestspiele in Recklinghausen eröffnen. Sein Vortrag trägt den Titel "Kultur und Gesellschaft." Beide scheinen sich heute mehr und mehr voneinander zu entfernen; zu ihrer Wiederbegegnung haben die Ruhrfestspiele einen - 5 -

bedeutsamen Beitrag geleistet. Aus einer Begegnung von Kultur und Gesellschaft - auf dem harten Boden materieller Not - sind sie entstanden. Im Winter 1946 kamen Hamburger Theaterleute ins Ruhrgebiet, nicht um zu spielen, sondern um für ihre Bühnen um Kohle zu betteln. In Recklinghausen, in der Zeche König-Ludwig fanden sie Gehör; der Kontakt riss nicht ab, im folgenden Jahre kehrten die Hamburger wieder, diesmal um vor den Bergleuten Theater zu spielen und auf diese Weise ihnen Dank zu sagen. Damit waren die Ruhrfestspiele geboren: Theater und Arbeiterschaft sollten sich alljährlich in Recklinghausen begegnen.

Die Geschichte der Ruhrfestspiele rankt sich jedoch nicht nur um glanzvolle Theaterabende, sie schliesst Kunstausstellungen ein, durch die ein neuer Ausstellungsstil entwickelt wurde, zu ihr gehören auch die "Europäischen Gespräche", in denen man um die geistigen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft rangt. Die ständig wachsenden Besucherzahlen der Aufführungen und der Ausstellungen zeigen, dass der Bann des Misstrauens und Mißverstehens, der lange zwischen der Arbeiterschaft, als der tragenden Schicht der modernen Industriegesellschaft, und dem Theater und der bildenden Kunst bestand, zu weichen beginnt.

In Recklinghausen geht es jedoch nicht nur um die Berührung von Arbeiter und Kunst schlechthin, dann wären die Ruhrfestspiele nichts anderes als eine der vielen sommerlichen Veranstaltungen, die sich Festspiele nennen und die in erster Linie dem Fremdenverkehr zuliebe organisiert werden. In Recklinghausen zeigt man vor allem die moderne bildende Kunst, der das breite Publikum mit besonderem Misstrauen begegnet, stellt man neben Aufführungen klassischer Dramen die Sozialkritik moderner Autoren zur Diskussion. Höhepunkte dieser Bemühungen waren die Ausstellung "Mensch und Form unserer Zeit" im Jahre 1952, die Werke der modernen Kunst mit technischen Gerät der Gegenwart mutig konfrontierte, und die Aufführung von Bert Brechts "Kaukasischem Kreidekreis" im vergangenen Jahre, die man trotz der Warnungen vieler überängstlicher und überempfindlicher "Abendländer" in den Spielplan aufnahm.

In diesem Jahre steht - neben Goethes "Iphigenie" - wieder eine Reihe modernerer Stücke auf dem Programm: Gerhart Hauptmanns unsterblicher "Eberpelz" und Frank Wedekinds "Marquis v. Keith" gehen zwar mit der Gesellschaft ihrer Zeit ins Gericht, ihre Sozialkritik hat aber auch heute noch nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Dramen "Marco Millicien" des amerikanischen Dichters O'Neill und "Die - 6 -

chinesische Mauer" des Schweizers Max Frisch zielen unmittelbar auf unsere Gegenwart.

So gewinnen die Spielpläne der Ruhrfestspiele von Jahr zu Jahr auch an politischem Profil, nicht im Sinne einer an den Tag gebundenen Tendenz, sondern als Ausdruck eines kulturpolitischen Willens, der sich der engen Verflochtenheit und gegenseitigen Abhängigkeit von Kultur und Gesellschaft bewusst ist.

* * *

Auf dem Kölner SPD-Kongress zum Thema "Die Mittelschichten in der modernen Gesellschaft" sprach Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Heinrich Greve, M.d.B., über "Die Lage der Freien Berufe." Dem Schlussteil dieses Referats entnehmen wir die folgenden Ausführungen, die uns besonders bemerkenswert erscheinen.

Eine Führungsaufgabe im Rahmen der Mittelschichten

Bis zur Währungsreform waren die Angehörigen der freien Berufe in der Mehrzahl das, was man geistiges Proletariat zu nennen pflegt. Die Verhältnisse haben sich gebessert, aber nach der Darstellung des Bundesverbandes der Freien Berufe existiert ein solches Proletariat weiterhin auch heute noch, und an dem sogenannten Wirtschaftswunder haben die Angehörigen der freien Berufe so gut wie keinen Anteil gehabt, ebensowenig wie die meisten übrigen Angehörigen der Mittelschichten. Es handelt sich hier gar nicht mehr um Interessengegensätze, sondern es handelt sich schlechthin darum, ob die Mittelschichten in ihrer Gesamtheit und die freien Berufe im besonderen zu erkennen vermögen und erkennen wollen, dass sie das politische und wirtschaftliche Opfer der Entwicklung seit 1948 in Deutschland geworden sind, für die die alleinige Verantwortung die Bundesregierung und die sie bisher und heute noch stützenden Parteien tragen. Das Tragische an dieser Feststellung ist, dass die meisten Angehörigen der Mittelschichten in ihrer Gesamtheit und der freien Berufe im besonderen das Opfer ihrer eigenen politischen Entscheidung geworden sind.

Bisher ohne Standort und politisches Programm

Tatsache dieser Entwicklung ist auch, dass die Mittelschichten und mit ihnen die freien Berufe der gegenwärtigen Situation ohne ein politisches und sozialökonomisches Programm gegenüberstehen. Wie aber will sich eine grosse und bedeutungsvolle Schicht in einem Staat zur Geltung bringen, wenn sie nicht wenigstens zu sagen vermag, wo ihr Standort ist und in welcher Richtung sie von diesem Standort ausgehen will, um an der Macht im Staate und dem Sozialprodukt in anteiliger Bedeutung teilzuhaben?

Es handelt sich darum, zuzugeben, dass die Neuordnung unseres Lebens durch die industrielle Entwicklung Werte zur Geltung gebracht hat, die zwar nicht als absolut, aber doch als ausschlaggebend für unsere heutige Gesellschaftsform von den freien Berufen erkannt werden sollten. Wir befinden uns zweifellos mitten in der Entwicklung und haben die unserer gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Situation

gemässe Gesellschaftsform noch nicht gefunden. Unsere Vorfahren haben den Feudalismus in Deutschland überwunden und an seine Stelle ist schliesslich das bürgerlich-kapitalistische System getreten. Dieses zu überwinden sind wir daran, und neue Kräfte sind wirksam geworden, die nicht nur ein mitwirkender, sondern auch ein mitbestimmender und teilhabender Faktor sein wollen und es zum Teil schon sind. Das ist nicht eine Erkenntnis von uns Sozialisten allein, sondern alle aufgeschlossenen Menschen in der ganzen Welt sind bereit, hieraus die Konsequenzen zu ziehen.

Zu den Ländern, die insoweit am rückschrittlichsten sind, gehört die Bundesrepublik Deutschland, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil hier die Mittelschichten sich im politischen Raum ihren ökonomischen Interessen entgegen gesetzt verhalten. Gewiss trägt dazu auch das spezifische Unvermögen des einzelnen Deutschen bei, zwischen Weltanschauung und seiner funktionellen Zugehörigkeit zu dieser oder jener Gesellschaftsgruppe zu unterscheiden. Dieses Unvermögen ist am geringsten in der Industriearbeiterschaft, am augenfälligsten aber gerade bei denjenigen Berufsgruppen, mit denen wir uns hier heute beschäftigen.

Angebot echter Partnerschaft

Was die Intellektuellen, also in besonderer die Angehörigen der freien Berufe unter den Mittelschichten als Gruppe angeht, so möchte ich sagen, dass sie es nicht vermocht haben, den Zusammenhang zwischen der politischen und der gesellschaftlichen Situation zu durchdenken. Dieses Versäumnis ist der Grund dafür, dass sie das Gefühl der Machtlosigkeit - mit Recht - haben und wissen, dass in der Politik andere den Kampf für sie kämpfen müssen. Die Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung auch in der Bedrohung der geistigen Freiheit - was insbesondere die Angehörigen der freien Berufe trifft - ist aber so gross, dass man sagen kann, es ist Bewegung in die Reihen gekommen.

Noch stehen sie zumeist im Lager der gegenwärtig herrschenden Schicht, die sie als Ideologen und als Spezialisten braucht. Wir Sozialisten sollten ihnen eine echte Partnerschaft anbieten und sie dafür zu gewinnen trachten, gemeinsam mit uns an der neuen Gesellschaftsordnung zu arbeiten und diese zur Grundlage dafür zu machen, dass die ihrer Zahl und ihrer geistigen Bedeutung nach weit überwiegenden unteren und mittleren Schichten mit den Angehörigen der freien Berufe den politischen und wirtschaftlichen Einfluss erlangen, der ihnen zukommt. Das setzt natürlich voraus, dass diese Schichten im Mittelraum unserer Gesellschaftsordnung "in ihrem politischen Denken die wirklichen Machtverhältnisse erkennen und ihnen Rechnung tragen, da sie sonst jedes Recht verlieren, ernsthaft gehört zu werden". Den Angehörigen der freien Berufe fällt insoweit eine Führungsaufgabe unter den Mittelschichten zu. Sie anzupacken, ist noch nicht zu spät, aber auch das Gebot der Stunde.

* * *

Verantwortlich: Peter Raurau